Nummer 376. XXI. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Mittwoch, 27. Juli 1892.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Die Sorgen der Grafen Taaffe und Szapary.

(Von unserem Korrespondenten.)

Wien, 25. Juli.

Nach der Beendigung der „historischen Session" ist nun auch in Oesterreich-Ungarn die parlamentslose Zeit angebrochen. Die Bezeichnung des soeben abgelaufenen Berathungs-Abschnittes der Volksvertretungen in den beiden Reichshälften als eine „historische", die man hier vielfach anwendet, ist insofern von Berechtigung, als schon seit einer größeren Reihe von Jahren keine wichtigeren und bedeutsameren Angelegenheiten zu erledigen waren, als diesmal. Um das Gesagte zu erhärten, braucht man nur anzuführen, daß die gesetzgebenden Körperschaften in Wien und Budapest in ihren jüngsten Sessionen neben vielen anderen Vorlagen, die für das Ausland nicht in Betracht kommen, die neuen Handelsverträge und die Gesetze über die Währungsreform bewilligt haben.

Die Bedeutung der neuen Handelsverträge nochmals zu erörtern, ist überflüssig; diese Verträge sind in Geltung und üben eine günstige Wirkung aus. Was die Währungsreform anbelangt, so weiß man, daß die parlamentarische Erledigung der bezüglichen Gesetze nur den ersten einleitenden Schritt zu der Reform selbst bildet. Zur thatsächlichen Durchführung der letzteren werden mehrere Jahre erforderlich sein. Immerhin jedoch ist der Beweis erbracht, daß Oesterreich-Ungarn ernstlich daran zu schreiten entschlossen ist, sein Geldwesen zu ordnen. Die parlamentarischen Verhandlungen haben dabei das Gute gehabt, daß sie die früher wiederholt laut gewordenen Zweifel, ob die beiden Finanzministerien der Doppelmonarchie die geplanten Goldanleihen auch thatsächlich zur Fundirung der unbedeckten Notenlast und zur Ausnahme der Baarzahlungen zu verwenden gedenken, vollständig beseitigten. In Ungarn speziell, wo die Volksvertretung sehr rasch mit den Valutavorlagen fertig geworden ist, hat der Finanzminister nachdrückliche Erklärungen in dem erwähnten Sinne abgegeben; in Cisleithanien aber, wo eine ungleich gründlichere Berathung über den Gegenstand stattgefunden hat, wo in den Ausschüssen und im Plenum durch rund drei Monate ernste Kämpfe um die Valutavorlagen sich abgespielt haben: in Cisleithanien haben sich die Parteien, und allen voran die Vereinigte deutsche Linke, nicht allein darauf beschränkt, solche Erklärungen des Finanzministers zu provoziren, sondern sie sorgten auch dafür, daß in den Text der Gesetze einschlägige klare Bestimmungen aufgenommen wurden. In diesem Sinne haben die parlamentarischen Berathungen eine wichtige Verbesserung der Gesetzentwürfe herbeigeführt und gerade Bürgschaften dafür geschaffen, daß die Goldanleihe keine andere Verwendung finde, als zu welcher sie bestimmt ist, und daß die Währungsreform thatsächlich ins Leben gerufen werde.

Daß der finanziellen Durchführung der Valutaregelung gleich im Anfange Schwierigkeiten bereitet wurden, daß die Verhandlungen zwischen dem ungarischen Finanzminister und der großen Bankengruppe, welche die betreffenden Operationen vornehmen soll, vertagt werden mußten, ist bekannt; wir konnten aber jüngst bereits mittheilen, daß die fraglichen Schwierigkeiten voraussichtlich in nicht ferner Zeit wieder aus der Welt geschafft sein dürften, und heute können wir hinzufügen, daß, die entsprechend günstige Lage des Geldmarktes vorausgesetzt, die Valutaoperationen für beide Reichshälften höchst wahrscheinlich im Laufe des kommenden Herbstes in Angriff werden genommen werden. Jedenfalls besorgt man hier in keiner Weise solche Störungen, welche etwa aus der internationalen Lage entspringen könnten.

Was nun die innerpolitischen Verhältnisse in den beiden Reichshälften nach der Beendigung der Parlamentssessionen anbetrifft, so erscheinen dieselben in verhältnißmäßig ungünstigem Lichte. Ganz gleichartig sind sie zwar in Cis und in Trans keineswegs. So paradox es auch klingen mag, so läßt sich gleichwohl behaupten, daß die innere Lage in Ungarn keine bessere ist als in Oesterreich. Das Kabinet Szapary verfügt allerdings über eine geschlossene große Mehrheit, deren sich bekanntlich das Kabinet Taaffe nicht rühmen kann. Allein das Kabinet Szapary hat nicht blos ebenso seine nationalen Schwierigkeiten wie das Kabinet Taaffe; die sonore Rumänenfrage in Ungarn macht den Budapester Gewalthabern kaum weniger Kopfzerbrechen, als die tschechische Seeschlange den Wienern; Graf Szapary steht außerdem noch vor einer Kirchenfrage, deren Wendungen und Folgen sich nicht leicht voraussehen lassen. Ein Wetterleuchten hat es im ungarischen Reichstag neulich schon gegeben; das Auftreten des neuen Fürstprimas Vaszary in der sogenannten Wegtaufenfrage hat gezeigt, daß man sich auf sehr ernste Kämpfe gefaßt machen muß. Es kommt noch dazu, daß die Regelung anderer ähnlicher Fragen in Ungarn nicht mehr lange von der Hand gewiesen werden kann, und in der That soll außer der Wegtaufenfrage auch die Reform des Familienrechts, der Matrikelführung ꝛc. schon in der nächsten Session auf die Tagesordnung gelangen.

Derartige Sorgen bestehen gegenwärtig in Oesterreich nicht. Wohl giebt es hier nach wie vor ein parlamentarisches Chaos, und wohl besteht noch nicht einmal eine Aussicht auf die Bildung einer festen Regierungsmehrheit. Dies aber ist keine Neuheit in Oesterreich. Hier wird „von Fall zu Fall" gewirthschaftet, und die Hauptfrage, um die sich hier nahezu Alles dreht, ist eigentlich nur eine persönliche; sie besteht darin, ob dem Grafen Taaffe sein Gesundheitszustand es ermöglichen wird, die Geschäfte fortzuführen. Ist dies der Fall, so wird der auskunftsreiche Ministerpräsident schon Mittel und Wege finden, sich trotz der Zerfahrenheit der Parteiverhältnisse „durchzufretten". Günstiger liegen die Dinge für ihn hierbei insofern, als er mit der Vereinigten deutschen Linken, dieser stärksten und homogensten Partei des österreichischen Parlaments, einen leidlichen modus vivendi erzielt hat. Graf Khuenburg und Herr v. Plener haben es beim Abschied von der Partei vorgestern erst offen ausgesprochen, daß die Lage der deutschen Linken eine wesentlich bessere geworden sei. Es ist dies ganz richtig. Die Linke, deren großes Verdienst es ist, daß die Valutavorlagen eine Mehrheit gewonnen haben, wird, wie wir zu wissen glauben, schon in naher Zukunft, vielleicht sogar bereits innerhalb weniger Tage, neue, nicht unwichtige Zugeständnisse von der Regierung erhalten, und damit werden die guten Beziehungen zwischen der deutschen Linken und dem Kabinet Taaffe befestigt sein. Da die deutsche Linke auch in sich gefestigter ist denn zuvor, da sie ferner, wie neulich an dieser Stelle ausgeführt, klüger und praktischer geworden und nichts mehr umsonst thun will, so darf man erwarten, daß ihr Friede mit dem Grafen Taaffe auf nüchternerer, gesunder Grundlage ruht und in Folge dessen für beide Theile vortheilhaft sein wird. Dann aber wird es dem Grafen Taaffe auch gelingen, mit Hilfe der deutschen Linken und der Polen bessere parlamentarische Verhältnisse herbeizuführen, als bisher bestanden haben.

---

* Wie unseren Lesern bekannt ist, hatte die **Antisemitenpresse** aus einer Frage, welche der Obmann der Geschworenen im **Buschhoffprozesse** Graf v. Loë nach der Rechtsbelehrung an den Präsidenten richtete, die Berechtigung zu der Behauptung hergeleitet, die Geschworenen wären geneigt gewesen, den Schlächter Buschhoff für schuldig der Beihilfe bei dem Kantener Mord zu befinden. Darin, daß ihnen nur die Frage bezüglich der Thäterschaft vorgelegt sei, liege eine Beschränkung, die zur Wiederaufnahme des Verfahrens führen müsse. Wochenlang hat das Centrumsorgan „Germania", welches mit der „Staatsbürgerztg." in Antisemitismus ein Wettrennen veranstaltet hat, keine anderen Leitartikel zu bringen gewußt, als über diese Frage. Inzwischen sind diese Erörterungen schon dadurch gegenstandslos geworden, daß das freisprechende Urtheil im Clever Prozeß rechtskräftig geworden ist. Nun ist den armen Antisemiten aber weiter der Schmerz nicht erspart geblieben, daß **Graf Loë** das, was man ihm unterschoben, deutlich zurückweist. Er schreibt nämlich der Köln. Volksztg.:

„Nach mehrtägiger Abwesenheit die Zeitungsberichte über meine in der Schlußverhandlung contra Buschhoff bezüglich der „Beihilfe" gestellte Frage lesend, sehe ich mich veranlaßt, thatsächlich festzustellen: 1. Durch meine Anfrage bei dem Herrn Präsidenten wurde im Anschluß an dessen „Rechtsbelehrung" und mit Rücksicht auf § 305, Abs. 2 der Str.-Pr.-O. lediglich konstatirt, daß die Geschworenen in dem Rahmen der gegebenen Fragestellung über „Beihilfe" sich nicht zu äußern hatten. 2. Ein weiterer Schritt wäre der Antrag auf Abänderung oder Ergänzung der Frage gewesen (§ 291). Derselbe hätte nach § 306 noch während der Berathung von den Geschworenen gestellt werden können, ist aber — wie bekannt, nicht gestellt worden. Eine sachliche Berichtigung der in der Presse über die Thätigkeit und die Ansichten der Geschworenen aufgestellten Behauptungen halte ich nach der gesetzlichen Stellung des Geschworenen nicht für angemessen.

Wissen, 25. Juli 1892. Graf v. Loë."

Wir geben uns keineswegs der Hoffnung hin, daß die Antisemitenblätter „Germania" und „Staatsbürger-Zeitung" sich nun dabei beruhigen werden. Auch die Männer, welche gegen Eintrittsgelder auf dem antisemitischen Radauntheater Vorstellungen geben, werden so bald nicht auf dies Thema verzichten. Jeder verständige Mensch aber hat all diesen Bemühungen gegenüber, Thatsachen zu verdunkeln, das Beweismaterial für die Unehrlichkeit der Geschäftsantisemiten in der Hand.

---

* Leider läßt infolge der fortgesetzten Agitationen gegen eine **deutsche Weltausstellung** die Begeisterung für dieselbe im Reiche manches zu wünschen übrig. Wir erhalten aus Karlsruhe folgendes Privattelegramm:

Im hiesigen Handelskammerbezirke erklärten sich von 187 Firmen 56 für die Beschickung der Berliner Weltausstellung, davon erwarten 37 von der Veranstaltung derselben geschäftliche Vortheile. Zwei Drittel der Industriellen verhalten sich der Ausstellung gegenüber passiv.

Außerdem soll, wie uns weiter berichtet wird, Sachsen sich durchaus ablehnend verhalten. Wir zweifeln indeß keinen Augenblick daran, daß, wenn die kaiserliche Entscheidung, die in den nächsten Tagen zu erwarten ist, zu Gunsten einer deutschen Weltausstellung ausfallen wird, die deutsche Industrie wie ein Mann gleich dem ganzen Volke Alles aufbieten wird, um ein vollständiges Gelingen des Plans zu gewährleisten. Inzwischen sind bereits andere Projekte aufgetaucht:

Die Reichenberger Zeitung veröffentlicht eine Zuschrift des Barons Leitenberger aus Kosmanos, worin mit Rücksicht auf die in Paris und Berlin geplanten Ausstellungen hervorgehoben wird, ob es nicht im Interesse des deutschen Projektes, welches den Oesterreichern jedenfalls näher liege, als das französische, räthlich wäre, sich jener Variante sympathisch zuzuwenden, welche von hervorragenden Industriellen Süddeutschlands befürwortet wird und welche die Veranstaltung einer großen, die Reiche des Dreibundes in sich schließenden Ausstellung propagirt. Die jüngst gelhaffene zollpolitische Einigung des Dreibundes, der auch die Schweiz und Belgien beigetreten sind, und in deren Interessen-Sphäre auch die Balkanländer gezogen werden dürften, repräsentirt in ihrer Gesammtheit einen so mächtigen Zollbund, daß — sagt Baron Leitenberger — die Veranstaltung einer auf ihn allein beschränkten Ausstellung nicht allein vollkommen gerechtfertigt, sondern auch durch und durch lebensfähig erscheint. Das hierdurch geschaffene Novum, das internationale Ausstellungswesen der nächsten Zeitperiode

---

Die Entsittlichung Rußlands.*)

Das Nothstandsjahr gewährt eine gute Gelegenheit, einmal das wahre Wesen jener väterlichen Fürsorge zu prüfen, mit der, wie immer behauptet wird, die russische Regierung ihre Unterthanen so reichlich beglückt. Eine Ausnahme ist der diesjährige Nothstand übrigens nur in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung, in Bezug auf seine Intensität ist er etwas ganz Normales. Eine Fläche von sechshundert deutschen Meilen Länge und hundert bis zweihundert Meilen Breite, bewohnt von vierzig Millionen lebender Wesen, die den Namen Menschen tragen, ist heute nur noch ein riesiges Todtenhaus, in welchem die Todten mit Recht von den Sterbenden beneidet werden. Ausländern wird das entsetzlich erscheinen, aber der Russe weiß, daß die Hungersnoth seit dem zwölften Jahrhundert bis in das gegenwärtige hinein eine immerwährende gewesen ist. Um wissenschaftlich genau zu sein, müßte man zwischen zwei Arten dieser nationalen Heimsuchung unterscheiden: dem nur auf eine einzelne Provinz ausgedehnten Mißwachs und der allgemeinen Hungersnoth. Von der ersteren ist das Land niemals frei, während die Wiederkehr des letzteren zwischen sieben- oder achtmal in einem Jahrhundert schwankt. Diesem modernen Minotaurus, der unendlich grausamer ist, als es der antike der Sage nach war, hat das autokratische Regime, um seiner Sünden willen, alle Jahre Hekatomben an Männern, Weibern und Kindern zu opfern.

Hungersnoth in Rußland bedeutet etwas ganz Anderes, als was in anderen Ländern unter diesem Worte verstanden wird; und zwar ist der Unterschied ein qualitativer. Der gegenwärtige Nothstand verdient, als besonders typisch für die Gattung, eine kurze Beschreibung.

Da Schwarzbrod die Haupt- und fast einzige Nahrung der Landbevölkerung bildet, so bleibt für Diejenigen, die keines haben, nichts übrig, wozu sie ihre Zuflucht nehmen könnten. Fällt der Roggen aus, so wird zunächst zu allerhand „Mischungen" und Surrogaten gegriffen. Melde, Gänsefuß, Spreu, Hädsel, Sand, zu Pulver geriebene Baumblätter, Rinde, ja selbst getrockneter Dünger bilden, mit einer Handvoll Roggenmehl als geschmackgebendem Zusatz, in den verschiedensten Zusammensetzungen die Grundlage und den Hauptbestandtheil einer harten, schwarzen, widrigen Masse, welche Brod darstellen soll und dem Hungernden zwar über seine schlimmsten Qualen weghilft, aber seinen Leib aufschwellen macht. Da das Futter für das Vieh längst von den Besitzern aufgezehrt ist, so schwinden die Thiere dahin und sterben. Pferde, die für zwei und drei Mark ausgeboten werden, sind nicht zu verkaufen und werden sich selbst überlassen, um ihren Eigenthümern den Anblick ihres Todeskampfes zu ersparen. Fohlen, die abgemagerten Hunden gleichen, werden vergebens für 25 oder 30 Pfennige ausgeboten, Pferde-Kadaver liegen zu Hunderten auf den Landstraßen umher und verpesten die Luft. In Zehntausenden durchstreifen abgemagerte Bauerngestalten mit schlotternden Knieen das öde, ungastliche Land, Opfer des Skorbuts, der Ruhr und des Hungers, dieses Vaters der meisten Krankheiten und Nahrung für die hungernden Weiber und Kinder daheim die sie vielleicht nie wiedersehen werden. Halb wahnsinnige Weiber liegen schreiend in den Kirchen vor den Heiligenbildern und meinen Gottes Hilfe zu erflehen, indem sie ein Kerzen-Opfer geloben, wann die Noth vorüber sein werde. Aber ihr Flehen bleibt ohne Erhörung. Kinder liegen, mit dem Tode ringend, am Wege und sterben. Diejenigen Popen, die noch im Stande sind, ihren täglichen Rundgang durchs Dorf zu machen, stoßen auf ganze Familien, die im Sterben liegen. Mitleidig reichen sie ihnen, unter dem Todesröcheln der Armen, die Sakramente und überlassen sie dann ihrem Schicksale. Ja, ein Gouverneur oder sein Adjunkt findet in einem Dorfe seines Bezirks die gesammte Bevölkerung hingestreckt, kein einziges Individuum ist darunter, das noch die Kraft hat, sich aufrecht zu erhalten. Väter vergiften aus Mitleid ihre Kinder, Mütter ertränken ihre kleinen Töchter und hängen sich dann selbst auf, oder sie geben sich, wenn das Glück ihnen lächelt, zu unsittlichen Zwecken menschlichen Ungeheuern hin, die einen Leib vom Grabe retten und die Seele, die in ihm wohnt, verderben. Ach, und noch viel entsetzlichere Geschichten sind im Umlauf, daß Eltern, der Wucht der Versuchung erliegend und vom Wahnsinn gepackt, für den kein menschliches Gesetz Rechenschaft fordern kann, die eigenen Kinder abschlachten und sie verzehren.

Währenddem weisen die Lobredner des Autokratenthums triumphirend auf Todte und Sterbende und rufen aus: „Giebt es etwas Edleres, Treuherzigeres als sie? Statt gegen den Gesalbten des Herrn sich aufzulehnen, werfen sie all ihre Leiden auf den Willen Gottes. „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt!" Welch ein heiliges, heldenmüthiges Volk!" Die Behörden aber spenden widerstrebend mit der einen Hand einen armseligen Bissen, während sie mit der anderen dem armen, hungernden Bauern die letzten Kopeken abzwacken.

Steuern und Steuer-Rückstände werden aus Leuten „herausgeprügelt", welche Almosen und Spendung ärztlicher Hilfe auf das Bitterste bedürften. Steuer-Rückstände, die häufig nur in der Phantasie bezahlter Erpresser vorhanden sind, werden mit sechs Prozent Zuschlag erhoben; helfen Drohungen nichts, dann wird die Birkenruthe in ausgiebigster Weise zur Anwendung gebracht. Die Birkenruthe ist an Stelle der Knute getreten, ohne daß die Grausamkeit in der Brust der Steuer-Eintreiber sich in ein menschlicheres Fühlen verwandelt hätte; selbst in dieser Zeit des Hungers und Elends fällt es ihnen nicht ein, nachzuforschen, wo die Ursachen des Nothstandes liegen; „sie bestehen einfach auf sofortiger Zahlung." Die Mittel, die sie dabei anwenden, sind höchst drastisch und führen dann schließlich dahin, daß ganze Dörfer dem völligen Ruin verfallen, ohne daß die Forderungen der Staatskasse befriedigt werden können.

In einem Distrikt hatte sich zu dem Unglück einer Mißernte noch das einer gewaltigen Feuersbrunst gesellt; und die Bauern, die sich von Gott verlassen glaubten, hatten sich an ihre Beherrscher gewandt, nicht um Hilfe, sondern nur um menschliches Erbarmen bei der Eintreibung der Steuern. Aber eher hätte der reiche Mann im Evangelium, als er den armen Lazarus um einen Tropfen Wasser bat, seine brennende Zunge zu kühlen, Aussicht auf Erhörung gehabt! Der Dorfälteste, unerbittlich wie das Schicksal, kam und bestand darauf, bis auf den letzten Heller bezahlt zu werden. Die armen, zitternden Bauern verkauften, was zu verkaufen war, um die schuldige Summe zusammenzubringen, und die Steuern wurden

---

*) Wir veröffentlichen hiermit einen Abschnitt aus dem soeben im Verlag von L. Ehlermann in Dresden erschienenen ersten Bande des Werkes: „Russische Zustände von E. W. Lanin, aus dem Englischen von Rudolf Dietz." In diesem Buche, welches wir unsern Lesern aufs Angelegentlichste empfehlen können, zeigt der Verfasser, welche politischen und gesellschaftlichen Zustände jenen Erscheinungen zu Grunde liegen, an denen das riesige russische Reich krankt. Erscheinungen, welche insbesondere im letzten Jahre unsere Blicke immer wieder nach Osten gerichtet haben. Dem Autor, der sich unter dem Pseudonym E. W. Lanin verbirgt, haben offenbar außergewöhnliche Mittel und Wege zu Gebote gestanden, um Vieles zu enthüllen, was die russische Regierung bisher erfolgreich vor dem Auslande zu verhüllen verstanden hat.